A 100: Entlastung für die City oder Belastung für die Stadt? Seite 4

Swen Schulz zum Bologna-Prozess: Verpasste Chancen Seite 9

Hans Willi Weinzen: Weniger Gold aus Wasser Seite 9

Berliner Stimme

Sozialdemokratische Wochenzeitung

Nr.10 - 60. Jahrgang 22. Mai 2010

5. Juni: Berliner SPD lädt zur 2. Ideenkonferenz

Für einen nachhaltigen Schub an Wachstum und Arbeitsplätzen braucht Berlin neue Industrialisierung. Ideen dazu werden auf der zweiten Konferenz der Berliner SPD im Rahmen der Reihe „Hauptstadt im Gespräch“ diskutiert. Eingeladen sind Vertreter aus Wirtschaft und Gewerkschaften.

„Unsere Vision: In Berlin werden die Produkte der nachhaltigen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erdacht, angewandt und produziert“, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Er lädt die Berlinerinnen und Berliner dazu ein, ihre eigenen Vorstellungen und Visionen auf der Ideenkonferenz einzubringen. Gelegenheit dazu besteht am 5. Juni ab 9.30 Uhr im Ludwig Erhard Haus, Kant-Atrium, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin. Anmeldungen werden erbeten unter www.hauptstadt-im-gespraech.de

Tegel soll innovative Industrie anlocken

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernimmt die planerische Verantwortung für die Entwicklung des 450 ha großen Areals des Flughafens Tegel, der nach Inbetriebnahme des Willy-Brandt-Flughafens stillgelegt wird. Stadtentwicklungspolitisches Ziel in Tegel ist ein „Forschungs- und Industriepark Zukunftstechnologien“, der mit innovativen Ideen für neue Arbeitsplätze in der Stadt sorgen soll. Statentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer: „In unmittelbarer Nähe gibt es Industrieansiedlungen, eine Autobahnanbindung, einen Hafen und eine Bundeswasserstraße. Dieses Standortprofil spricht besonders moderne Produktion und Fertigung an. Unternehmen, die sich für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen, erwartet hier eine positive Vermarktungsstrategie.“ ❑

Finanzkrise:

Regeln für die Märkte

SPD und SPÖ planen europäisches Volksbegehren

Für schärfere Finanzmarktregeln und eine Transaktionssteuer setzt sich die SPD ein. Zusammen mit den österreichischen Sozialdemokraten soll auf europäischer Ebene eine Initiative ergriffen werden, um die Finanzbranche an den Kosten der von ihr beförderten Krise beteiligen und hochriskante Spekulationsgeschäfte zu begrenzen.

Mit dem neuen Euro-Schutzschirm könnten auf Deutschland Bürgschaften von bis zu 147,6 Milliarden Euro zukommen. Eine reine Kreditermächtigung ist für die SPD keine Lösung. Jetzt gehe es „um die Rückgewinnung demokratischer Kontrolle über die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung Europas“.

Ein Ziel, das auch der DGB verfolgt. Unter der Überschrift „Umdenken - Gegenlenken - Die Krise überwinden“ hat er auf seinem Bundeskongress in Berlin in dieser Woche ein Maßnahmenbündel beschlossen, das die Organisationskraft und damit die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften stärken soll. Der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Sommer forderte „eine soziale Ordnung, die krisenfest ist.“

Die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen: DGB-Chefin Doro Zinke und Klaus Wowereit beim 1. Mai. Foto: Horb

Zwar haben Union und FDP auch unter dem Druck der SPD ihren bisherigen Widerstand gegen substanzielle Beiträge der Spekulanten aufgegeben, ohne allerdings konkret zu werden, wie SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisierte. Scharf kritisierte der Oppositionsführer auch Merkels Verantwortung für die Verschärfung der Krise: „Sie hat seit Wochen nichts getan, verleugnet und verschleppt.“ Die Folgen werden in Umfragen sichtbar: nur noch 17 Prozent trauen CDU und CSU zu, die Probleme zu lösen. **U.H.** ❑

➡ siehe auch S. 2, 5 und 6

„Vertrauen verspielt“

Islamkonferenz: Wowereit kritisiert Bundesinnenminister

Zu viele handwerkliche Fehler im Vorfeld und eine dilettantische Vorbereitung erwecken nach Ansicht des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Klaus Wowereit den Eindruck, dass Innenminister de Maizière bereit ist, ein Scheitern der Islamkonferenz in Kauf zu nehmen.

Wowereit: „Die Ausladung des gesamten Islamrats, weil gegen einige Funktionäre strafrechtliche Ermittlungen laufen, war nicht zielführend. Auch beim unwürdigen wochenlangen Gezeter um die Teilnahme des Zentralrats der Muslime hat sich der Innenminister nicht als Brückenbauer gezeigt. Er hat unnötig Vertrauen verspielt.“

Die zweite Phase der Islamkonferenz werde daran gemessen werden, ob sie muslimischen Menschen in Deutschland tatsächlich eine umfassende Beteiligung an Bildung, Kultur und Demokratie ermöglicht und Vorurteile abbaut, so Wowereit. Das Anliegen einer umfassenden und damit auch politischen Teilhabe dürfe nicht scheitern. **BS** ❑

In dieser Ausgabe:

DGB-Kongress in Berlin S. 2
Aktionstag der AG 60plus S. 4
GSW-Debatte S. 11
Stolperstein für Willi Klüsener S. 13

DGB-Kongress:

„DGB ist Impulsgeber“

Michael Sommer: Krisenlasten gerecht verteilen

„Der Beinahe-Zusammenbruch des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems hat uns alle in Atem gehalten. Ohne die Gewerkschaften würde dieses Land in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren anders aussehen“, sagte der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress des Gewerkschaftsbundes in Berlin. „Wir waren Impulsgeber und treibende Kraft.“ Sommer forderte, dass die Krisenlasten gerecht verteilt werden. „Es kann doch nicht sein, dass die Großen gerettet werden und die kleinen Leute müssen die Zeche zahlen!“

„Unsere Werte von guter Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden erst verhöhnt und dann ausgehöhlt“, sagte Sommer. „Unsere Gesellschaft muss in eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung gebracht werden. In eine neue Ordnung. Damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zukommt.“ Sommers Mahnung: „Wir haben lange vor amerikanischen Verhältnissen auf unseren Arbeitsmärkten gewarnt, heute haben wir sie.“

An die Bundesregierung adressiert sagte der DGB-Vorsitzende, „dass es in diesen Tagen und Wochen um mehr geht, als Krisenmanagement: Wir müssen verhindern, dass sich eine solche Krise wiederholt.“ Er verwies auf die großen europaweiten Demonstrationen der Gewerkschaftsbewegung im Mai 2009: „Wir müssen immer wieder Druck machen, denn die Regierenden und Mächtigen vergessen gern.“

Sommer warnte, nach einer verlorenen Landtagswahl zu glauben, dass die Neoliberalen in der Bundesregierung jetzt aufgeben würden: „Niemand sollte sich täuschen. Wenn sich die Hardliner in der Koalition durchsetzen, werden sie von uns, von den Gewerkschaften, die richtigen Antworten erhalten.“ Die grundsätzlichen Positionen der Gewerkschaften seien klar: „Wir machen nicht mit bei der Kopfpauschale. Wir machen keinen Frieden mit der Rente mit 67. Wir wollen Verbesserungen bei der Leiharbeit und wir brauchen weitere Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz und einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn als unterste Lohngrenze.“

Mit Blick auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Kindersätzen bei Hartz IV unterstrich Michael Sommer: „Nicht Hartz IV ist zu hoch, die Löhne sind zu niedrig.“ In diesem Zusammenhang forderte er den Gesetzgeber auf, wirkliche

Michael Sommer wurde erneut zum DGB-Bundesvorsitzenden gewählt. Im ersten Wahlgang stimmten 366 der Delegierten (94,1 Prozent) mit Ja. Foto: DGB

Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen, Tricksereien zu unterlassen und endlich die Regelsätze für Erwachsene und Kinder auf ein einigermaßen menschenwürdiges Niveau zu heben. „Unwürdig ist, dass der FDP-Vorsitzende das so genannte Lohnabstandsgebot ins Feld führt, um seine Anti-Sozialstaats-Kampagne zu garnieren und die Hartz-IV-Sätze zu senken. Löhne von drei, vier oder sechs Euro die Stunde sind skandalös. Davon kann man nicht leben“, so Sommer. „Wenn Menschen Vollzeit arbeiten und trotzdem zum Jobcenter müssen, um über die Runden zu kommen, dann ist das schlicht Ausbeutung.“

Der DGB-Vorsitzende forderte konkret: „Wir brauchen ein Ende der Subventionen von Mini- und Midijobs, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen, kein Missbrauch der Zeitarbeit, also gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für Stammbelegschaften und Leihbeschäftigte und mehr Mitbestimmung der Betriebsräte, ein Ende der Tarifflucht, mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, ein Austrocknen des Niedriglohnsektors und nicht zuletzt die Stärkung von sicheren, unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Die Gewerkschaften fordern Arbeitgeber und Politik auf, endlich gemeinsam mit uns gegenzusteuern. Zum Wohl der gesamten Gesellschaft.“

Der DGB-Vorsitzende verwies darauf, dass es gelungen sei, die internationale Gewerkschaftsbewegung an den Tisch der G 20 zu bringen. „Wir waren aktiver Part bei den G-20-Konferenzen in Washington, London und Pittsburgh. Wir haben den Führern der G-20-Staaten deutlich gemacht, dass Aber-Millionen Menschen durch das Treiben der Finanzspekulanten ihre Existenz verloren haben und dass es den Staatenlenkern letztendlich um die Rettung von Arbeit gehen muss.“ **PM** ❑

Klaus Ulbricht gewürdigt

Auf der Wahlversammlung der SPD Treptow-Köpenick wurde das langjährige politische Engagement Klaus Ulbrichts noch einmal gewürdigt. Ulbricht war wenige Tage zuvor das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse „für seine Verdienste um Volk und Staat“ verliehen worden.

Klaus Ulbricht wurde für die SPD vor 20 Jahren aktiv, nachdem sie sich noch als SDP - sozialdemokratische Partei in der DDR - in Ostdeutschland gegründet hatte. Er wurde 1990 nach den freien Kommunalwahlen Fraktionsvorsitzender in der BVV Köpenick, im Jahre 1991 Wirtschafts- und Finanzstadtrat und wirkte ab 1992 als Bezirksbürgermeister von Köpenick. Nach der Bezirksfusion wurde er Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, der er bis 2006 blieb. Sein Amt war bis dahin auch nach Erreichen der Altersgrenze verlängert worden. Klaus Ulbricht hat sich um den Bezirk verdient gemacht - als Politiker, der in der Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs mithalf, dem Bezirk nach dem Wegfall zahlreicher industrieller Arbeitsplätze neue Perspektiven zu eröffnen: mit Gründerzentren, Innovationspark und der Etablierung von Wissenschaftseinrichtungen in Treptow-Köpenick. Mit seiner ausgleichenden Art, mit geduldigem Zuhören gab er aber auch den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk Vertrauen und Halt. Er gehörte nicht nur zu den längsten amtierenden Bezirksbürgermeistern in Berlin, sondern auch zu den beliebtesten. Das Bundesverdienstkreuz würdigt sein außergewöhnliches Engagement für den Aufbau der Demokratie und des Bezirks. **BS** ❑

Berliner Stimme
Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60,E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Trotz des kühlen Wetters kamen die erwarteten mehr als 200.000 Besucherinnen und Besucher zum großen Einweihungsfest des Tempelhofer Parks am 8. und 9. Mai. Auf dem ehemaligen Flughafengelände informierten am Eröffnungstag auch die Berliner SPD und die Fraktion des Abgeordnetenhauses an ihren Info-Pavillons. Klaus Wowereit und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer diskutierten über die Entwicklungschancen des Geländes. Mit Zwischennutzungen will die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung jetzt neue Wege gehen. Foto: Jungmann

Bürgerrechte:

Stoppschild für Google

Kohlmeier: Datenschutz muss durchgesetzt werden

Ein vorläufiges Verbot des Google-Street-View Dienstes bis sämtliche unrechtmäßig gesammelten Daten nachweislich gelöscht wurden und datenschutzrechtliche Bedenken vollständig ausgeräumt wurden, fordert der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Sven Kohlmeier.

Kohlmeier: „Wie Google einräumte, hat das Unternehmen beim Abfilmen von Straßen für seinen Dienst Google-Street-View weitaus mehr Daten erhoben, als bislang zugegeben. So hat Google die MAC-Adressen und die Namen (SSID) von WLAN-Funknetzen ebenso wie die von den WLAN ausgegebenen Nutzdaten 'payload data' gespeichert. Bei 'payload data' handelt es sich um die von WLAN ausgegebenen Nutzdaten."

Die neuerliche Datenschutzpanne zeige, dass Google nicht daran gelegen ist, den deutschen Datenschutz einzuhalten. „Es werden zu Unrecht Daten frei nach dem Motto 'erstmal haben, dann sich um den Datenschutz kümmern' erhoben", so Kohlmeier. „Mittlerweile weiß keiner mehr, welche Daten Google genau erhebt und wer Zugriff auf die Daten hat."

Google müsse nachweisen, dass der Datenschutz eingehalten werde, fordert der SPD-Abgeorndete. „Von der Bundesregierung fordere ich in Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten ein vorläufiges Verbot des Google-Street-View-Dienstes. Dabei helfen die Sonntagsreden von Verbraucherministerin Aigner nicht weiter. Bei jeder neuen Datenpanne schreckt Aigner auf, aber passiert ist bisher nichts. Wenn es der Bundesregierung mit dem Datenschutz ernst ist, muss sie der Hamburger Bundesratsinitiative, die von Berlin unterstützt wird, folgen. Es muss Schluss sein mit der Ankündigungspolitik, nun müssen Taten folgen."

Kohlmeier empfiehlt den Berlinerinnen und Berlinern, gegen die Veröffentlichung ihrer Haus- und Gartenansichten bei Google Widerspruch einzulegen. In der nächsten Sitzung des Datenschutzausschusses will er das Thema zur Sprache bringen.

PM ❑

Öffentlicher Dienst:

Erhöhung in Maßen

Beamte und Pensionäre erhalten erstmals seit 2004 mehr Geld

Auf Vorschlag von Innensenator Ehrhart Körting soll die Besoldung von rund 72.400 Beamtinnen und Beamten sowie von Richterinnen und Richtern des Landes Berlin ab dem 1. Oktober 2010 um 1,5 % und ab dem 1. August 2011 um weitere 2 % erhöht werden. Der Gesetzentwurf liegt jetzt beim Rat der Bürgermeister und soll dann vom Senat beschlossen werden. Der DGB zeigte angesichts der Finanzsituation Berlins Verständnis und sprach von einem „Schrittchen in die richtige Richtung".

Angepasst werden sollen auch die Zahlungen an Pensionäre. Die letzte lineare Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Berlin erfolgte zum 1. August 2004. Innensenator Dr. Körting verwies auf die „weiterhin sehr angespannte Haushaltslage Berlins." Durch die Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Berlin entstehen im Jahr 2010 Mehrausgaben von rund 14,4 Millionen Euro und im Jahr 2011 Mehrausgaben von rund 75,5 Millionen Euro. Für diese Mehrausgaben wurde im Haushaltsplan 2010/2011 eine entsprechende Reserve vorgehalten.

Im März war eine Einigung für die Angestellten im Öffentlichen Dienst beschlossen worden, die u.a. die Beseitigung der letzten Tarifunterschiede zwischen Ost- und Westbeschäftigten vorsieht. Ende April hatte der Senat die Mittel für Ausbildungsplätze um 16 Millionen Euro aufgestockt.

BS ❑

Medien:

RBB prüft weitere Einsparungen

Pläne für weitere Spamaßnahmen werden derzeit beim RBB geprüft. Mitte Juni sollen die bis dahin durchgerechneten Varianten dem Personalrat vorgestellt werden, am 23. Juni der Belegschaft und am 24. Juni dem Rundfunkrat.

In der ARD geht man angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2020 von weiter sinkenden Einnahmen aus. Der RBB ist davon besonders betroffen, da in Berlin rund 15 Prozent der Haushalte Hartz-IV erhalten und von den Rundfunkgebühren befreit sind. 2008 hatte der RBB bereits das TV-Magazin Polylux eingestellt und den Sendebetrieb von Radio Multikulti beendet.

Erneut sind die derzeit sechs Radiowellen bei den Sparplänen im Visier. Geprüft werden soll auch eine Halbierung des Angebots. Auch die Sparpotenziale beim RBB-Fernsehen werden geprüft. Zu den Denkmodellen gehören die Zusammenlegung der Nachrichtensendungen „Abendschau" und „Brandenburg Aktuell" zu einer Sendung. Überlegt wird offenbar auch, die RBB-Eigenproduktionen für das Abendprogramm ab 20.15 Uhr auf die Hälfte zu reduzieren. Entwickelt werden die verschiedenen Sparvarianten für die Zeit der nächsten Gebührenperiode ab Anfang 2013.

BS ❑

Integration:

AG Migration begrüßt Pläne für Partizipationsgesetz

Das Vorhaben des Berliner Senats, ein „Partizipationsgesetz" zu schaffen und ins Parlament einzubringen, ist von der Vorsitzenden der AG Migration der Berliner SPD, Ülker Radziwill, begrüßt worden. „Partizipation, etwa an Gremien auf der BVV-Ebene, durch Migrantinnen und Migranten braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Diesen Rahmen soll das künftige Gesetz schaffen und etablieren", erklärte sie.

Das Gesetzesvorhaben sei eine sinnvolle und wichtige Weiterentwicklung der bisherigen Integrationskonzepte (I und II) und zeige erneut, dass der Senat und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit den Schwerpunkt auf Integrationspolitik setzen. „Berlins innovative Integrationspolitik gilt inzwischen deutschlandweit als vorbildlich. Das jetzt entstehende ‚Integrations- und Partizipationsgesetz' bestätigt das erneut: Es ist das erste seiner Art in Deutschland. Wir warten nun gespannt auf den Entwurf aus der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales." **BS** ❑

Verkehrspolitik:

Schutz vor Lärm und Abgasen

A 100-Verlängerung: Fraktion für Gesamtkonzept zur Entlastung der Innenstadt

Die Verlängerung der Autobahn A 100 von Neukölln zum Treptower Park steht erneut auf dem Prüfstand. Ein Stimmungsbild in der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses ergab nach intensiver Debatte eine Mehrheit von 26 zu 11 bei einer Enthaltung für einen Weiterbau.

„Der Stadtring A 100 wird verlängert bis zur AS Treptower Park - finanziert durch den Bund" - so steht es in der Koalitionsvereinbarung 2006-2011 zwischen SPD und Linkspartei. Inzwischen liegen Parteitagsbeschlüsse von SPD und Linkspartei gegen den Weiterbau vor. Sie lösen allerdings ein Problem der Verkehrsplaner nicht: die Entlastung der Innenstadt von Lärm und Abgasen. In diesem Ziel sind sich Befürworter wie Gegner des Autobahnbaus einig.

Bei den Anwohnern in Friedrichshain-Kreuzberg ist diese Absicht noch nicht deutlich geworden, da sie eine Zunahme des Verkehrs an den geplanten neuen Endpunkten der Autobahn befürchten. Allerdings müssen bei einem Straßenneubau auch an den Anschlussstellen die strengen Auflagen der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes eingehalten werden, dies haben die Verkehrsplaner nachzuweisen.

Viele Verkehrsprobleme in der Innenstadt sind Folgen der Teilung der Stadt. Die vorhandenen Straßennetze passen nicht zusammen, der Verkehr aus dem Südosten Berlins bahnt sich zum Teil auf Umwegen mit entsprechender Lärm- und Abgasbelastung einen Weg durch die Innenstadt. Ziel der Verkehrsplanung ist es, den Durchgangsverkehr zu halbieren, d.h. 10 % weniger Verkehr in der Innenstadt. Mit dieser Verkehrsverringerung würde die Luftbelastung noch mal um den gleichen Anteil wie durch die Umweltzone Stufe 1 und 2 verbessert. Mit dem jetzt in Planung befindlichen 16. Bauabschnitt zum Treptower Park und einem weiteren ebenfalls mit dem Bund abgestimmten 17. Bauabschnitt zur Frankfurter Allee wollen die Verkehrsplaner den Verkehr um die Innenstadt herum leiten. Ein Großteil des 17. Bauabschnittes ist in Tunnellage vorgesehen. An der Frankfurter Allee soll der Stadtring enden, von dort soll eine normale Stadtstraße über die Storkower Straße für den Anschluss an den Stadtstraßenring sorgen.

In der SPD-Fraktion wird die Autobahnverlängerung als Teil eines Gesamtkonzepts gesehen. Um den Innenstadtbereich zu entlasten und den Verkehr auf die Autobahn zu drängen, wurden auch in dieser Legislaturperiode ergänzende Maßnahmen umgesetzt: Verbesserung des Fahrradverkehrsangebotes, Ausbau von Fahrradstraßen, Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf über 18 Quadratkilometer, Verbesserung des Angebotes des öffentlichen Nahverkehrs (kürzere Taktzeiten, Fahrgastinformation an Haltestellen, besseres Nachtangebot und stabile Fahrpreise), breitere Gehwege, Ladezonen für Lkw, Verbesserung der Verkehrssicherheit (Ausbau von Zebrastreifen, Ausweisung von T-30 auf Hauptverkehrsstraßen), alles Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Dämpfung des Individualverkehrs. Entsprechend müsse die Verlängerung der A 100 flankiert werden durch Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Innenstadt und den Rückbau von Straßen.

Unter solchen festgelegten Bedingungen für die Reduzierung des Verkehrs, wie sie die Experten des SPD-Fachausschusses Mobilität in einem Beschluss zusammengestellt haben, will nun auch die Mehrheit der Abgeordnetenhausfraktion dem Projekt zustimmen. Die letzte Entscheidung wird voraussichtlich auf dem SPD-Landesparteitag im Juni fallen. **BS** ❑

➡ Fachausschuss-Papier zur A 100 unter www.spd-berlin.de/fa-mobilitaet

Aktionstag der AG 60plus: Leben ohne Barrieren

Menschenkette zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Die AG 60plus hat den 5. Mai 2010 zum bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Leben ohne Barrieren - barrierefreies Leben" deklariert.

Die Bundesvorsitzende Erika Drecoll erklärte in einem Aufruf dazu u. a.: „Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren in der SPD setzt sich für eine barrierefreie Gesellschaft ein, in der Teilhabe weder vom Alter, den finanziellen Möglichkeiten, der Ausbildung oder dem Wohnort abhängen."

Dieses Leben ohne Barrieren ist leider immer noch nicht selbstverständlich. Überall türmen sich Hindernisse auf, gerade auch für Menschen mit Behinderungen. Der Landesvorstand der AG 60plus hatte deshalb beschlossen, sich am Aktionstag mit den Veranstaltern des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu verbünden.

Dazu zählten u.a. der Berliner Behindertenverband, der Sozialverband Deutschland, das Netzwerk Selbst aktiv in der SPD und die Organisation „Daheim statt Heim", die von der Behinderbeauftragten der SPD Bundestagsfraktion Silvia Schmidt aus Eisleben (Sachsen-Anhalt) geleitet wird.

Menschenkette für ein Leben ohne Barrieren.
Foto: Siegfried Schulz

Am Mittag des 5. Mai reihte sich die AG 60plus in eine eindrucksvolle Menschenkette ein, die mit ca. 500 Teilnehmern vom Brandenburger Tor bis zum Reichstag gebildet wurde. Diese Demo war nicht nur wegen der vielen Teilnehmer und des schönen Wetters (eine Ausnahme in diesem Mai) ein voller Erfolg, sondern erzeugte auch bei den zahlreichen Besuchern und Zuschauern in diesem herausragenden Areal eine große Resonanz.

Vom Auftakt am Brandenburger Tor mit Ansprachen u. a. von Andrea Nahles und Ursula Engelen-Kefer wurde über die Menschenkette ein Licht zum Reichstag weitergegeben und dort den anwesenden Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt, Petra Pau und Wolfgang Thierse übergeben mit der Aufforderung, sich der Belange der Menschen anzunehmen, die diese machtvolle Demonstration mit der Menschenkette gebildet hatten.

Dazu gehört ganz besonders die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch den Bundestag. „Denn mit der Menschenkette hört es nicht auf, sondern es bleibt ständige Aufgabe, auf die vielen Barrieren hinzuweisen, die im Interesse der betroffenen Menschen von der Politik beseitigt werden müssen", so Silvia Schmidt in ihrer Rede zum Abschluss der Kundgebung vor dem Reichstag.

Werner Kleist ❑

Finanzpolitik:

Europas Zukunft steht auf dem Spiel

Eva Högl: Warum wir den Euro retten müssen

Wir erleben gerade eine beispiellose Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die den Zusammenhalt und die Zukunft der Europäischen Union bedroht. Der Euro wird von internationalen Spekulanten attackiert, die gezielt auf die Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten wetten, um Profit zu machen.

Die hohe Staatsverschuldung, verschleppte Reformen und eine fehlende Sanierung der öffentlichen Haushalte haben dazu geführt, dass sich Länder wie Griechenland nur noch bedingt auf den internationalen Finanzmärkten mit frischem Kapital versorgen können. Wenn wir nicht richtig und schnell handeln, kann dies zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Euro-Zone führen - mit unabsehbaren negativen Folgen für ganz Europa und besonders für Deutschland.

Kein Blankoscheck für Schwarz-Gelb

Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Bundestag am 7. Mai beschlossen, eine Kreditbürgschaft für Griechenland in Höhe von 22,4 Mrd. Euro abzugeben. Das Geld wird von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereitgestellt. Deutschland garantiert, dass diese Kredite auch bei einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zurückgezahlt werden. Die SPD hatte eine Zustimmung davon abhängig gemacht, die notwendigen Hilfen für Griechenland mit der überfälligen Regulierung der Finanzmärkte zu verbinden und endlich eine Transaktionssteuer einzuführen, um Spekulationsgeschäfte einzudämmen. Die Bundesregierung lehnt dies aus ideologischen Gründen ab, vor allem die FDP ist nicht bereit, den Finanzmarkt stärker zu regulieren, und damit künftigen Krisen vorzubeugen. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Hilfspaket für Griechenland im Bundestag zu enthalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung und allen voran Bundeskanzlerin Merkel haben durch ihre Verzögerungstaktik und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Anstatt den Deutschen Bundestag und die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die notwendigen Maßnahmen aufzuklären, wurde seitens der Regierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, Vorurteile und Falschmeldungen zu bedienen und zu verstärken. Dadurch wurden die notwendigen Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht nur schwieriger, sie führten dazu, dass man lange kein wirkliches Vertrauen in die deutschen Zusagen hatte, eine Verzögerung, die zusätzliche Kosten und Unsicherheiten verursacht hat. Ein frühes und deutliches Signal der Solidarität hätte hier erfolgen müssen, bei aller berechtigter Kritik an den Fehlern der griechischen Politik.

Dr. Eva Högl, MdB, ist stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich kritisiere besonders, dass die Bundesregierung aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen hat. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Die Euro-Zone leidet außerdem unter massiven wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Ungleichgewichten. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Wir brauchen dringend eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung auf der europäischen Ebene - eine langjährige Forderung der SPD, die es jetzt endlich umzusetzen gilt.

Die schwarz-gelbe Koalition ist nicht in der Lage, ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Gleichwohl habe ich das Hilfspaket für Griechenland unterstützt. Denn bei der Entscheidung am 7. Mai ging es nicht nur um Griechenland oder um die Bundesregierung, sondern um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft und Handlungsfähigkeit Europas. Die Mitgliedstaaten der EU sind jetzt gefordert, der griechischen Regierung mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Es geht um die Stabilisierung des Euro und des europäischen Wirtschaftsraumes, von dem Deutschland dank seiner Exporte maßgeblich profitiert. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wären bedroht, wenn sich die Krise ausdehnte.

Ich habe dem Gesetzesentwurf für Griechenland auch deshalb meine Zustimmung erteilt, weil ich davon überzeugt bin, dass es unter diesen Umständen die notwendige Antwort auf die Krise ist. Ein deutliches, auch von der deutschen Sozialdemokratie als DER Europapartei getragenes Zeichen der Solidarität in Richtung Griechenland und Europäische Union halte ich für zwingend. Deshalb habe ich zugestimmt, unabhängig davon, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen europapolitisch versagt und sich zur zukünftigen Verhinderung solcher Krisen solidarischen, gerechten und europäischen Antworten verweigert haben.

Wenige Stunden nach der Abstimmung wurde deutlich, dass weitere Hilfen notwendig sind, um den Euro zu stabilisieren und einen Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft zu verhindern. Jetzt geht es um ein Rettungspaket von 750 Mrd. Euro - darüber hat die Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit und den Deutschen Bundestag nicht informiert, um ihre Chancen bei der NRW-Wahl nicht zu gefährden. Ein schlimmes, teures und inakzeptables Spiel, das die Wählerinnen und Wähler zum Glück durchschaut haben.

Die Finanzminister/-innen der Euro-Mitgliedstaaten haben sich auf einen dauerhaften Rettungsmechanismus für die Euro-Zone geeinigt. Er sieht vor, dass Euro-Länder, die am Kapitalmarkt nur noch zu überhöhten Zinsen Kredite bekommen, Geld aus einem EU-Hilfsfonds beantragen können. Die ersten 60 Milliarden Euro kommen dabei aus dem Haushalt der Kommission, weitere 440 Milliarden Euro sollen über eine Finanz-Zweckgesellschaft der Euro-Länder zur Verfügung gestellt werden. Der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank sind ebenfalls beteiligt. Insgesamt werden 750 Milliarden Euro bereitgestellt, um den Euro gegen Spekulanten zu verteidigen. Unerträglich ist, dass diese Beschlüsse auf Basis einer Rechtsgrundlage erfolgen, die keine Beteiligung des Europäischen Parlaments vorsieht. In Deutschland ist für dieses neue Hilfspaket ein Gesetz erforderlich. Die SPD wird ihre Zustimmung im Bundestag erneut davon abhängig machen, ob die Bundesregierung bereit ist, einer besseren Kontrolle und wirksamen Regulierung der Finanzmärkte zuzustimmen. Ohne diese Regelungen ist die Zukunft der Europäischen Union ernsthaft in Gefahr. **Eva Högl** ❑

Finanzkrise:

Es wird Zeit, die Rechnung zu präsentieren

Mechthild Rawert: Konsequenzen zur Bändigung des Finanzmarktkapitalismus ziehen

Zur immer noch andauernden größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist nun eine Währungskrise im Euro-Raum, dem Zusammenschluss von 16 der 27 europäischen Staaten, hinzugekommen. Schlag auf Schlag sind ParlamentarierInnen gehalten, jeweils in kürzester Zeit über immer größer werdende Milliardenbeträge als Bürgschaftsgarantien namentlich zu beschließen: Zustimmung, Enthaltung, Ablehnung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat - in enger Abstimmung mit der Parteispitze - einen Forderungskatalog aufgestellt, um das Marktversagen auf den Finanzmärkten zu korrigieren. Hauptelement ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS): Wir wollen lenkend und nicht nur reagierend in aktuelle Krisenszenarien eingreifen. Wir wollen die globalen Spekulationen dämpfen, wollen die Profiteure der Krise an den enormen Folgelasten beteiligen. Es muss eine gerechte Steuerlastverteilung erfolgen, in der zum Schluss nicht immer die Bevölkerung, die deutschen, griechischen, oder portugiesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Steuerzahlende die dummen LastenträgerInnen sind.

Wir wollen von den Verursachern staatliche Einnahmen generieren. Nicht hinnehmbar ist es, dass die Kassenlage der öffentlichen - nationalen bzw. europäischen - Hand immer prekärer und der Staat immer ärmer wird. Weiterhin wollen wir auch künftige Finanzkrisen abmildern, am besten vermeiden. Zusätzlich zur Finanztraktionssteuer wollen wir die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Europäischen Rating-Agentur. Verboten werden sollen Geschäfte zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten. Unverzüglich zu verbieten sind auch Leerverkäufe und spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen. Finanzmarkt, Finanzmarktakteure und Finanzmarktprodukte dürfen nicht länger ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben. Ein europäisches Frühwarnsystem ist zu etablieren. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist zu stärken.

Finanztransaktionssteuer als Lenkungssteuer

Wenn der politische Wille auf nationaler und europäischer Ebene da wäre, ist eine Finanztransaktionssteuer sowohl politisch als auch technisch möglich. Zwischenzeitlich mehren sich die BefürworterInnen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die FDP

Mechthild Rawert ist Sprecherin der Berliner Landesgruppe im Bundestag.

wehrte sich bis zuletzt dagegen mit dem Argument, dass der Markt sich letztlich selber regelt.

Eine Finanztransaktionssteuer hat eine breite Basis: In Frage gestellt werden nicht der Handel mit Aktien, Pfandbriefen, Obligationen, Wertpapieren und Derivaten an sich, sondern die durch einen extrem kurzfristig orientierten Kapitalfluss verursachten Verwerfungen. Viele Spekulationsgeschäfte erfolgen derzeit über Hochfrequenz-Computer-Handel. Hier machen Computer Geschäfte unter sich, nutzen die Kursveränderungen, die kurzfristigen Preisunterschiede zwischen zwei Zeitpunkten. Geld spielt mit Geld, der reale Wert der Anlage spielt keine Rolle mehr. Verwerflich sind auch die spekulativen Wetten, zum Beispiel gegen Griechenland. Diesen primär kurzfristigen Spekulationen liegt kein nachhaltiges reales Wirtschaftsinteresse zu Grunde. Dieses „sozialschädliche Verhalten“ soll steuerlich belastet werden, nicht die mittel- oder langfristige Investition in die Realwirtschaft.

Zwischen Opposition und Regierung wird grundsätzlich über die Einführung der Finanztransaktionssteuer gestritten - die Regierungsfraktionen wollen in ihrem Gesetzesentwurf nur eine Bankenabgabe, die wie eine Umsatzsteuer wirkt, und eine Besteuerung von Boni. Die Bankenabgabe mag ergänzend sinnvoll sein, hat aber kaum regulierende Wirkung, kann somit eine Besteuerung der Geschäfte auf den Finanzmärkten nicht ersetzen. Sie taugt auch nicht zur Prävention oder Finanzierung künftiger Krisen.

Zwischen Regierung und Opposition wird auch gestritten, ob die FTS nur Sinn habe als weltweite Steuer, als Steuer auf europäischer Ebene bzw. im Euroraum oder auch als nationale Börsenumsatzsteuer, wie es sie z.B. in London gibt und in Deutschland bis 1991 gab. Finanzkrisen treten in den letzten 15 Jahren gehäuft auf. Schon auf dem G20-Gipel im September 2009 in Pittsburg wurde auf Initiative des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück über eine FTS diskutiert und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Prüfauftrag erteilt, dessen Endbericht für das G20-Treffen im Juni 2010 in Kanada vorliegen soll. Auch die EU-Staaten haben Ende 2009 erklärt, eine Transaktionssteuer einführen zu wollen. Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission aufgefordert, die Rolle einer Transaktionssteuer als innovatives Mittel der Erzielung von Staatseinnahmen zu prüfen. Da die Staaten mit Finanzstandorten stärker profitieren, ist aus meiner Sicht diese Steuereinnahme mit dem Ziel der Finanzierung entwicklungs-, klima- und armutsbekämpfender Ziele zu verbinden.

Technisch ist die Erhebung dieser Steuer sehr einfach. Alle Transaktionen an der Börse werden zentral elektronisch erfasst und mittels einer einfachen Software könnte die Steuer automatisch an die jeweils zuständige Finanzbehörde überwiesen werden. Der Zahlungsverkehr in der Realwirtschaft, also beim Handeln mit Gütern, für den Arbeitsmarkt, Überweisungen, wird nicht erfasst, ebenso wie die Operationen der Zentralbanken. Zur Diskussion stehen Steuerbeträge auf die zumeist spekulativen Vorhaben in Höhe von 0,1 Prozent, 0,5 Prozent oder 1 Prozent. Mögen die Prozentangaben gering erscheinen, generiert werden auf jeden Fall Einnahmen von rund 10 Milliarden Euro jährlich. Darauf will ich nicht verzichten.

Kampf zwischen Finanzindustrie und Politik

Der Primat der Politik ist in Frage gestellt. Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen, da vermeintlich nicht die demokratisch gewählten ParlamentarierInnen gestalten, sondern das Geld regiert. Wir brauchen eine andere, eine verantwortungsvolle Politik. Ich sage Ja zur Nothilfe für Griechenland. Ich sage aber Nein, wenn der Gesetzgeber sich mit Minimaleinschnitten in die Finanzindustrie begnügt. Es ist Zeit, dass die Finanzindustrie die Rechnung präsentiert bekommt, die Rechnung für staatliche Milliardenbürgschaften und Nothilfen. Denn was passiert, wenn die Bürgschaftsgarantien zum Tragen kommen? Das Ausmaß der nationalen, europäischen und internationalen Verteilungskämpfe würde noch viel brutaler.

Mechthild Rawert ❑

Selbst Aktiv:

Eigener Aktionsplan

UN-Konvention auch innerhalb der SPD umsetzen

Die unmittelbare politische Teilhabe muss allen Menschen möglich sein. Dies ist für die SPD von besonderer Bedeutung und deshalb ist ein eigener Aktionsplan nötig, um die Behindertenrechtskonvention umzusetzen. „Selbst Aktiv", das Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, wird sich daran intensiv beteiligen.

Deshalb war mit der Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, vereinbart worden, zur Optimierung der Arbeit von „Selbst Aktiv" in den einzelnen Regionen und zur besseren Abstimmung der Aktivitäten untereinander und mit dem SPD-Parteivorstand, dezentrale Organisationskonferenzen durchzuführen.

Nach einem Treffen in Hannover im Februar 2010 fand unter Federführung des Landesbehindertenbeauftragten von Niedersachsen sowie Bundesvorsitzenden von Selbst Aktiv, Karl Finke, am 7. Mai 2010 ein Koordinierungstreffen von Regionalgruppen der neuen Bundesländer im Willy-Brandt-Haus statt.

Karl Finke und Karin Sarantis-Aridas, Sprecherin der Regionalgruppe Berlin, betonten in ihren Beiträgen, wie wichtig die Einbeziehung behinderter Menschen in die aktive Parteiarbeit ist und nicht nur deren Mitwirkung über Verbände. Sie legten den Schwerpunkt auf die gute Organisation sowie die inhaltliche Vorbereitung von Treffen und Aktionen von Selbstaktiv, die sich an den aktuellen sozial-und behindertenpoliti-schen Themen orientieren, um so einen möglichst großen Kreis von Mitstreitern sowie Interessenten einzubinden. Hierzu zählt auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

„Nichts über uns ohne uns"

Um eine bessere Koordinierung innerhalb des Netzwerks „Selbst Aktiv" zu schaffen, wurden die Einrichtung eines bundesweiten Mailverteilers für die Sprecher der regionalen Gruppen und ein regelmäßiger Newsletter vereinbart. Damit auch innerhalb der SPD gilt: „Nichts über uns ohne uns" und um unsere politischen Forderungen Realität werden zu lassen, muss in einigen Bundesländern die Unterstützung durch die SPD-Landesverbände und die Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen optimiert werden.

Karl Finke betonte, dass sich das zukünftige Handeln von Selbst Aktiv immer an der UN-Behindertenrechtskonvention orientieren muss. Nach seinem Eingangsstatement erfolgte eine intensive Diskussion,

Organisationskonferenz Ost im Willy-Brandt-Haus in Berlin Foto: Selbst Aktiv

in der die einzelnen Sprecher von Selbst Aktiv die Schwerpunkte und Arbeitsweise ihrer regionalen Netzwerke darlegten.

Um die Außenwirkung von Selbst Aktiv zu verbessern wurde die „Professionalisierung" d.h. die stärkere organisatorische Ausgestaltung von Selbst Aktiv diskutiert. Auch der Aufbau des bereits bestehenden Internetauftritts von „Selbst Aktiv" (www.selbstaktiv.de) soll verbessert und ein neuer Flyer zur Vorstellung unserer Arbeit erstellt werden.

Das Netzwerk „Selbst Aktiv" versteht sich vornehmlich als Plattform zur Diskussion behindertenpolitischer Themen für SPD-Mitglieder, aber auch für Menschen mit Be-hinderung und Vertreter von Verbänden, Selbsthilfegruppen und Vereinen, die nicht in der Partei sind, sich aber politisch einbringen wollen. Deshalb wurde darüber diskutiert, wie die Verankerung des Netzwerkes innerhalb der Organisationsstruktur der SPD als Arbeitskreis (AK) oder als Arbeitsgemeinschaft (AG) verbessert werden kann, um die politische Durchsetzung unserer Ziele z.B. durch Stimm- und Antragsrechte zu erleichtern.

Um die Anliegen von Selbst Aktiv besser umsetzen zu können, sollen einzelne Entscheidungen nicht nur von Selbst Aktiv auf Bundes- und Landesebene diskutiert werden, sondern vielmehr direkt in die Ortsvereine getragen und dort eingebracht werden, um so eine breitere Wirkung zu entfalten. Mit der Vereinbarung, regionale Treffen künftig häufiger stattfinden zu lassen sowie die Vorfeldorganisation solcher Treffen zu verbessern, um künftig noch mehr Mitstreiter zu gewinnen, endete diese interessante Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus.

Daniel Monazahian, Sprecher der Regionalgruppe Berlin ❑

Fraktion intern

Die Stadtteiltage gehen weiter. Die Veranstaltungsreihe „Berliner Stadtteiltage" der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist nach Friedenau und Köpenick in Neukölln und Schöneberg zu Gast. Die Abgeordnete Renate Harant hatte am 17. Mai nach Köpenick eingeladen. Sie besuchte unter anderem mit Bildungssenator Jürgen Zöllner die Merian-Schule. Auf dem Programm standen auch ein Gespräch mit Bürgervereinen, Anwohnern und der Werbegemeinschaft im Seebad Friedrichshagen sowie eine Führung durch das Strandbad Rahnsdorf, das an dem Tag 80. Jubiläum feierte. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Waldkapelle in Hessenwinkel traf sich Renate Harant mit dem Freundeskreis Waldkapelle.

Am 27. Mai findet der Stadtteiltag des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Fritz Felgentreu in Neukölln statt. Er wird die Kurt-Löwenstein-Oberschule besuchen. Bürgerinnen und Bürger können beim Spaziergang über das Tempelhofer Feld dabei sein und bei einer Diskussion über das Thema Jugendkriminalität mit Richterin Kerstin Heisig und Polizeiabschnittleiter Steffen Dopichay. Am Abend steht ein Gespräch über Integration und Integrationsbarrieren im Cafe Selig auf dem Programm.

Am 2. Juni lädt der Abgeordnete Lars Oberg zum Schöneberger Stadtteiltag ein, am 9. Juni organisiert Jutta Leder in Mitte zahlreiche Veranstaltungen und Begegnungen, am 14. Juni folgt der Stadtteiltag von Felicitas Tesch in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Alle Informationen zu Terminen und Programmabläufen der Berliner Stadtteiltage sind im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de zu finden oder können bei Rowena Paeche unter der Telefonnummer 23 25 22 34 erfragt werden.

Tag der offenen Tür. Das Berliner Abgeordnetenhaus bietet zum diesjährigen Tag der offenen Tür am 29. Mai von 11.00 bis 18.00 Uhr viele interessante Einblicke. Die Besucherinnen und Besucher können an Führungen teilnehmen und erleben, wie Politik gemacht wird. So gibt es im Plenarsaal um 12.00 Uhr eine Gesprächsrunde mit den Vorsitzenden aller Fraktionen zu aktuellen Themen.

Um 14.00 Uhr tagt der Petitionsausschuss öffentlich. In der Wandelhalle stellen sich die Fraktionen vor. Am Stand der SPD-Fraktion können Bürgerinnen und Bürger Abgeordnete treffen und sich über unsere Arbeit informieren. Außerdem gibt es ein Gewinnspiel. Im Außenbereich des Abgeordnetenhauses ist eine Bühne aufgebaut und ein Mitmach-Bereich für Kinder und Jugendliche. **cs** ❑

Projekt U 25 startet

Wie funktionieren eigentlich Parteien? Davon sollen sich Jugendliche selbst ein Bild machen können, findet die Projektgruppe Mitgliederentwicklung beim SPD-Landesvorstand. Deshalb soll das bereits in Treptow-Köpenick erfolgreich durchgeführte Projekt U 25 jetzt auch in anderen Kreisen angeboten werden.

Angesprochen werden sollen Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren, die bereit sind, zwei- bis dreimal im Monat an Veranstaltungen mitzumachen und sich in sozialen Netzwerken im Internet zu engagieren. Projektteams in den Kreisen organsieren ein Programm, das Einblicke in die Arbeit auf Abteilungs- und Kreisebene ermöglicht, die Jugendlichen können mit Bezirksverordneten und Abgeordneten zusammentreffen. „Einblicke können Vorurteile abbauen, Hemmschwellen nehmen und positive Erfahrungen beim Engagement in der SPD ermöglichen“, so die Projektgruppe. Derzeit werden in den Kreisen Projektverantwortliche benannt. **BS** ❑

„Berliner Mitte“ lädt Bischof Dröge ein

Neben Gewerkschaften waren es in der Vergangenheit vor allem die Kirchen, mit denen die SPD eine große gemeinsame Menge gesellschaftspolitischer Ziele teilte. Die „Berliner Mitte“ lädt daher am Montag, dem 31. Mai 2010, um 19 Uhr zum Gespräch mit dem Bischof der Evangelischen Kirche Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz, Dr. Markus Dröge im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376. Moderieren werden die Veranstaltung die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Karin Seidel-Kalmutzki sowie Torsten Hilse. **BS** ❑

Fachausschüsse fusionieren

Nach Abstimmung mit dem Landesvorstand sind die Vorstände des Fachausschusses Wirtschaft und des Fachausschusses Medien übereingekommen, die beiden Fachausschüsse zusammenzuführen.

Das Thema Medien wird künftig ein wichtiges Arbeitsprogramm des FA Wirtschaft. Diese Umorganisation war nötig, um die Arbeitsfähigkeit und die Vernetzung in diesem Themenfeld zu verbessern. Die Mitglieder des - ehemaligen - FA Medien sind herzlich eingeladen, künftig am FA Wirtschaft teilzunehmen und dort die Arbeitsgruppe „Kreativwirtschaft/ Medien“ zu verstärken. **BS** ❑

Parteiwahlen:

Zwei Neue an der Spitze

Kreisvorstandswahlen sind abgeschlossen

Die Neuwahlen der Kreisvorstände sind abgeschlossen. Nur in zwei Kreisen hat es Veränderungen an der Spitze gegeben.

Zur turnusgemäßen Neuwahl des Kreisvorstandes der SPD **Treptow-Köpenick** ist Klaus Ulbricht nicht erneut als Kreisvorsitzender angetreten. Auf der Wahlversammlung wurde das langjährige politische Engagement Klaus Ulbrichts noch einmal gewürdigt. Zum neuen Vorsitzenden der SPD Treptow-Köpenick wurde der Fraktionsvorsitzende in der BVV, Oliver Igel, gewählt. Die stellvertretenden Kreisvorsitzenden, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Renate Harant, Ellen Haußdörfer und Andy Jauch, wurden im Amt bestätigt. Neuer Kreiskassierer ist Ralf Thies, neuer Schriftführer André Rostalski.

Die Kreisdelegiertenversammlung der **Reinickendorfer** SPD hat am 8. Mai einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Kreisvorsitzender ist Jörg Stroedter. Er löst Peter Senftleben ab, der nicht wieder kandidierte. Jutta Küster und Gerald Walk sind seine Stellvertreter, Andreas Höhne wurde als Kreiskassierer bestätigt und Bettina König, wurde zur neuen Schriftführerin gewählt.

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD **Steglitz Zehlendorf** hat 30.04.10 ihren Kreisvorstand gewählt. Dabei setzte sich der bisherige Kreisvorsitzende Michael Arndt gegen zwei Gegenkandidaten durch. Barbara Loth, Ruppert Stüwe, Evelyne Neumann wurden als Stellvertreter(innen), Jan Kellermann als Kassierer und Ina Czyborra als Schriftführerin wiedergewählt.

Kreisvorsitzende der SPD **Tempelhof-Schöneberg** bleibt Dilek Kolat. Sie erhielt auf der Wahl-KDV 94 Ja-Stimmen (nein=26, enth.=7). Stellvertretende Kreisvorsitzende sind Angelika Schöttler, Frank Zimmermann und Ingo Siebert. Zum Nachfolger des langjährigen Kassierers Hans Nickel wurde Axel Seltz gewählt. Schriftführerin bleibt Melanie Kühnemann. **BS** ❑

Reinickendorf: der neue Kreisvorstand.
Foto: König

Ergebnisse (6)

Die BERLINER STIMME informiert über die Ergebnisse der Parteiwahlen, die uns mitgeteilt werden.

■ **Arbeitsgemeinschaft Migration.** Die Arbeitsgemeinschaft Migration der Berliner SPD hat bei ihrer Landesvollversammlung am 5. Mai 2010 den Vorstand neu gewählt. Die bisherige Vorsitzende der AG Migration, Ülker Radziwill, Mitglied des Abgeordnetenhauses, wurde erneut im Amt bestätigt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde Ahmet Iyidirli als stellvertretender Vorsitzender. Neu gewählt in das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden ist Ulrika Zabel, neuer Schriftführer Mario Helwig. **BS** ❑

Arbeitsgemeinschaften:

Rücktritt im Juni

Franziska Drohsel legt Juso-Vorsitz auf dem Bundeskongress nieder

Auf dem Juso-Bundeskongress vom 18. bis 20. Juni in Essen legt Franziska Drohsel ihr Amt als Juso-Bundesvorsitzende nieder. Diese Entscheidung sei „ausschließlich persönlicher und nicht politischer Natur“, betonte sie in einer Erklärung. Sie will sich auf ihre nächste Prüfung, das zweite juristische Staatsexamen, konzentrieren

„Ich habe den Juso-Bundesvorsitz nie als Sprungbrett in die Berufspolitik gesehen, sondern stets betont, dass ich meine Ausbildung beenden möchte“, so Franziska Drohsel. Die Entscheidung zum Rücktritt sei ihr sehr schwer gefallen. Der Juso-Verband sei aber „in einem guten Zustand, so dass ich diese Entscheidung auch politisch verantworten kann“, schrieb sie in ihrer Erklärung. „Wir haben in den letzten Jahren unser inhaltliches Profil als linker Jugendverband geschärft, unter anderem mit der Debatte über ‚63 Thesen - Für eine Linke der Zukunft‘. Wir haben uns in die Diskussion um die Ausrichtung der SPD eingebracht, insbesondere mit dem Einsatz gegen die Bahnprivatisierung und für die Vermögenssteuer. Wir haben unser außerparlamentarisches Engagement intensiviert, zum Beispiel mit unserer Beteiligung an antifaschistischen Aktionen.“ **BS** ❑

Bildung:

Kleine Nachbesserungen reichen nicht

Swen Schulz über den Bologna-Prozess: Von verpassten Chancen und Ewiggestrigen

Im März haben die nunmehr 47 Bologna-Staaten das 10-jährige Jubiläum des Bologna-Prozesses gefeiert. Von Feierstimmung kann an den Hochschulen aber keine Rede sein. Mit der Einführung des Bachelor/Mastersystems wurden die Anforderungen und Studienbedingungen deutlich verschärft. Ein überfordernder Leistungsdruck hat sich in den Bachelor-Studiengängen breit gemacht. Von Mobilitätsverbesserung kann ebenfalls keine Rede sein.

Heute ist es schwieriger geworden, alleine im innerdeutschen Raum die Hochschule zu wechseln - geschweige denn im europäischen. Auch der Zugang zum Masterstudium wird restriktiver gehandhabt und baut so eine weitere Bildungshürde auf. Was den Studierenden bleibt, ist ein verschultes Studium, größtenteils ohne Kompetenzorientierung und ohne Freiraum für eigene Entfaltung und kritische Wissenschaft.

Tatenlose Bildungsministerin

Die Bildungsministerin Anette Schavan schaut dabei tatenlos zu. Zwar spricht sie nicht mehr wie zu Beginn der Studierendenproteste von „Ewiggestrigen". Ihre Rhetorik hat sich geändert. Doch substantiell ist bei den Studierenden nichts von einer politischen Neuausrichtung zu spüren.

Mit ihrer dritten Säule im Hochschulpakt - dem angekündigten Qualitätspakt Lehre - möchte Schavan ein mediales Feuerwerk zünden. Mit versprochenen zwei Milliarden Euro soll die Lehre verbessert werden. Die Zahl ist trügerisch groß, denn der Betrag bezieht sich auf zehn Jahre und eine

Swen Schulz. *Foto: BS*

Zusicherung des Länderanteils ist noch immer nicht gewährleistet.

Für den Pakt bietet sie allerdings erstens nur einen Teil des vom Wissenschaftsrat bezifferten Bedarfs von rund 1,3 Milliarden Euro im Jahr. Zweitens will sie das Geld wieder nur über einen Hochschul-Wettbewerb verteilen, den die Hochschulen und Studierenden derzeit am wenigsten gebrauchen können. Damit lassen sich eben keine dauerhaften, planungssicheren Lehrverbesserungen für alle Studierenden finanzieren, sehr wohl aber bereits überbelastete Hochschulverwaltungen länger beschäftigen.

Wir als SPD-Fraktion haben da einen anderen Ansatz. Für uns reichen kleine Nachbesserungen nicht aus. Deshalb haben wir einen 11-Punkte Plan für Gute Lehre, der an den zentralen Stellschrauben ansetzt: Im Mittelpunkt steht eine gemeinsame Personaloffensive mit zusätzlichem Lehrpersonal. Wir wollen die Hochschulzulassung gerade auch für beruflich Qualifizierte erleichtern, die soziale Infrastruktur verbessern und das BAföG stärker als von schwarz-gelb geplant ausbauen. Zudem ist die Frage des Zugangs zum Master offen. Es ist nicht geklärt, dass wirklich jeder Absolvent eines Bachelor-Studiums die Möglichkeit hat, anschließend auch mit dem Master weiterzumachen. Aus meiner Sicht muss ein Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz für alle nach dem Bachelor sichergestellt werden, umso den Studierenden eine tatsächliche Entscheidungsfreiheit zwischen Berufseinstieg und weiterem Studium zu überlassen.

Studierende wurden nicht beteiligt

Diese und weitere Themen diskutierte Frau Schavan auch auf ihrer Bologna-Konferenz am 17. Mai. Das Ergebnis ist enttäuschend: ein neues Bologna-Kommuniqué, das nicht einmal das Papier wert ist, auf dem es geschrieben wurde. Der Umgang mit den Studierenden gibt sein Übriges. Sie beschweren sich berechtigterweise, nicht in ausreichendem Maße beteiligt worden zu sein und sich in den Inhalten der Konferenz nicht wiederzufinden.

Schavan hat eine großartige Chance vertan. Sie sollte aufhören, schöne Reden zu schwingen, stattdessen den Studienpakt endlich auf den Weg bringen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

Statt weiterer Feiern und Gipfel müssen jetzt politische Entscheidungen getroffen werden, um die Versprechungen einzuhalten, die man den protestierenden Studierenden in den vergangenen Monaten gegeben hat. Ehrlich, und ohne politisches Kalkül. Sonst bleibt am Ende Schavan die „Ewiggestrige". **Swen Schulz** ❑

Daseinsvorsorge:

Weniger Gold aus Wasser

Hans Willi Weinzen: Ein Vorschlag zur Änderung des Teilprivatisierungsgesetzes

Die Berlinerinnen und Berliner zahlen hohe Preise für Wasser und Abwasser. Die privaten Miteigentümer erhalten hohe Renditen. Ein Grund ist die geltende gesetzliche Regelung zur Verzinsung. Das Berliner Gesetz ist im Interesse der Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher umgehend zu präzisieren.

Der Senat sollte umgehend eine Gesetzesnovelle ins Abgeordnetenhaus einbringen, mit der in § 3 Absatz 4 des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe in der Fassung vom 11. Dezember 2003 hinter Satz 2 folgender Satz neu eingefügt wird: ‚Konservative Anlagen sind Anlagen, die allenfalls ein leichtes Ausfallrisiko aufweisen (Prime oder High Grade).' „

Dies sind künftig nur noch von AAA bis AA eingestufte Anlagen. AA bedeutet High Grade und wird als sichere Anlage erläutert, für die kaum ein Ausfallrisiko besteht. Irlands Staatsanleihen waren am 25. April mit AA bewertet, hatten einen Zinssatz von 4,600 % und brachten eine Rendite von 4,04 %, also halb so viel Rendite wie Griechenlandanleihen und immerhin noch doppelt soviel wie Bundesanleihen.

Die Wasserbetriebe sind nicht Griechenland. Trotzdem erhalten die privaten Investoren einen Griechenlandzinssatz. Sicher wie eine Bundesanleihe, aber fast so hoch

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

verzinst wie ein junkbond, das darf nicht länger sein.

Änderung mit grosser Wirkung

Die vorgeschlagene kleine Änderung hat eine große Wirkung. Um zu verstehen, wie die privaten Miteigentümer der Berliner Wasserbetriebe sich ihre besonders hohen Zinsen für ihr risikofrei investiertes Kapital sichern, gilt es zunächst, sich zu erinnern.

Das Gesetz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 17. Mai 1999 sah in § 3 Absatz 4 vor, dass den Investoren wie auch Berlin ein Zuschlag von zwei Prozentpunkten auf die durchschnittliche Rendite deutscher Bundesanleihen garantiert wird (GVBl. S.184). Die schöne Einzelbegründung dieser Regelung lautete: „Hierdurch wird eine angemessene, transparente Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals sichergestellt, die den BWB sowie potentiellen Investoren Planungssicherheit gibt und die Frage der Eigenkapitalverzinsung dem ‚Tagesgeschäft' entzieht. Die Verknüpfung mit der durchschnittlichen Rendite von Bundesanleihen als Basis der Verzinsung gewährleistet dabei eine Anpassung an die jeweiligen Zinsverhältnisse des Marktes ...“ (Abg.haus-Drs. Nr. 13/3367 S. 79) Mit dem Urteil des Berliner Landesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 1999 (GVBl. S. 576) wurden die investorenfreundliche Regelung für verfassungswidrig befunden und für nichtig erklärt.

Der Senat brachte daraufhin eine Novelle zum Berliner Betriebegesetz § 3 Absatz 4 ein, mit welcher der Zuschlag von 2 % gestrichen werden sollte (Abg.haus-Drs. Nr. 15/2054 S. 3). Der Ausschuß für Wirtschaft, Betriebe und Technologie wollte dann mit seiner Dringlichen Beschlußempfehlung vom 08. Dezember 2003 etwas neu eingefügt sehen: „...unter Zugrundelegung langfristigerer, mindestens zehnjähriger Durchschnittsrenditen konservativer Anlagen am Kapitalmarkt ...“ (Abg.haus-Drs. Nr. 15/2352 S. 2) Der Hauptausschuss schuf dann in seiner Dringlichen Beschlußempfehlung zwei Tage später den endgültigen Wortlaut.

Seit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe heißt es: „(4) Die angemessene kalkulatorische Verzinsung entspricht mindestens der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen in einem Zeitraum von 20 Jahren, die der jeweiligen Kalkulationsperiode vorausgehen. Der Zinssatz wird jährlich durch Rechtsverordnung des Senats unter Zugrundelegung der Durchschnittsrendite konservativer Vermögensanlagen in einem langfristigen, mindestens zehnjährigen, der Kalkulationsperiode vorausgehenden Zeitraum nach § 5 Nr. 2 festgelegt. Für die Kalkulationsperiode 2004 beträgt der Zinssatz mindestens 6 Prozent.“ (GVBl. S. 591)

Mit dieser Regelung ist das Gesetz regelrecht verschlimmbessert worden. Dies zeigen die Zinssätze der folgenden Jahre: Im Jahre 2005 waren es dann 6,5 %, 2006 dann 6,9 %, 2007 7,3 %, 2008 dann 7,77 %, 2009 dann 7,69 % und derzeit sind es für 2010 vorläufig 7,58 %.

Griechenland erhält derzeit 5,9 % Zins und verzeichnet eine Rendite von 7,74 % für seine Staatsanleihen. Griechische Staatsanleihen sind inzwischen weltweit als riskant erkannt. Bei der Zinsberechnung für Berlins Wasserbetriebe aber gelten selbst solch riskante Anlagen als konservative Geldanlagen.

Politisch entscheiden

Spätestens seit der jüngsten Finanzkrise seit 2008 kann der unbestimmte Rechtsbegriff der konservativen Vermögensanlage in § 3 Absatz 4 des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe in der Fassung vom 11. Dezember 2003 nicht einfach weiter mit Anlagen knapp über junkbond-Niveau gefüllt werden. Hier ist eine politische Entscheidung angeraten.

Was ist eigentlich eine konservative Anlage ? Conservare ist ein lateinisches Wort und heißt eigentlich bewahren, erhalten, beibehalten, aufrecht erhalten, retten (vgl. Der kleine Stowasser. Lateinisch-Deutsches Schulwörterbuch. Bearbeitet von Dr. Michael Petschenig, München 1967, S. 130). Dies ist das Gegenteil von riskieren, aufs Spiel setzen, gefährden.

Was sind konservative Anlagen?

Die Ratingagenturen haben es allerdings in Vorbereitung der laufenden Finanzkrise fertiggebracht, den Begriff konservativ so umzuinterpretieren, daß auch riskante Anlagen zeitweilig als konservativ galten.

Das ging und geht so: Zuerst wird überlegt, wie riskant eine Anlage ist. Bundesanleihen gelten beispielsweise als ganz wenig riskant, trotz dreier Währungsreformen in Deutschland allein im letzten Jahrhundert. Ihr Ausfallrisiko - Anlage geht verloren - wird mit fast Null angegeben. Auf Englisch heißt das dann Prime und in Buchstaben Triple A.

Die Bundesanleihen von 2004 hatten beispielsweise laut Berliner Morgenpost vom 25. April 2010 ein Rating von AAA und brachten einen Zinssatz von 4,250 % und eine Rendite von immerhin 1,84 %. Griechenlandanleihen hatten am gleichen Tag ein Rating von BBB+ und brachten einen Zinssatz von 5,900 % und eine Rendite von stolzen 7,74 %. Das war deutlich mehr als Bundesanleihen. Präzise: Griechenlandanleihen warfen fast sechs Prozentpunkte mehr Rendite ab als Bundesanleihen.

Dieser Risikoaufschlag bildet neben einer Spekulation auch das Risiko ab, daß die Anleger ihr Geld ganz oder teilweise verlieren, wenn Griechenland Pleite geht, umschulden muß, o.ä.m.. BBB+ heißt auf Englisch Lower Medium grade und wird als Anlage erläutert, die durchschnittlich gut sei, aber bei Verschlechterung der Gesamtwirtschaft mit Problemen rechnen müsse. Diese verbale Darstellung gilt auch für BBB und sogar für BBB-. Alles von AAA bis BBB- heißt auch Investment grade. Investment grade wird mit konservativ einfach gleichgesetzt.

Direkt unter BBB- beginnt etwas, was auf Englisch höflich Non Investment grade speculative heißt und als spekulative Anlage erläutert wird, bei der im Falle einer Verschlechterung der Lage mit Ausfällen zu rechnen ist.

Spekulativ ist plötzlich auch konservativ

Eine marktgläubige Bundesregierung hat vor der aktuellen Finanzkrise dafür gesorgt, daß nach dem Kreditleitfaden der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen in Verbindung mit § 54 des Versicherungsanlagegesetzes und den §§ 1,2 der Anlageverordnung alles bis BBB- als konservative Geldanlage gilt. Als konservativ gelten sogar prozentuale Beimischungen von spekulativen Anlagen. Spekulativ ist dann angeblich auch konservativ.

Was manchem bis tief in die aktuelle Spekulationsblase mit weltweiter Finanzkrise noch als konservativ galt, hat sich als vernichtend riskant erwiesen. Kleiner ergänzender Hinweis: Lehmann Brothers wurde beispielsweise von der Ratingagentur Standard & Poors (S&P) kurz vor seiner katastrophalen Insolvenz mit A langfristig geratet, das war vier Stufen besser als BBB-.

Begriffsverdrehung beenden

Diese rabulistischen Begriffsverdrehungen sind auch in der gegenwärtigen Finanzkrise von der schwarz-gelben Bundesregierung immer noch nicht geändert worden. Auch der Finanzmarkt zockt unbeirrt so weiter. Diese Begriffsverdrehung darf Berlin nicht länger zum Schaden der Berlinerinnen und Berliner mitmachen.

Daher wird an die Stelle fragwürdiger Auslegungen des Gesetzes im Berliner Gesetz selbst klargestellt, was Berlin künftig unter konservativer Geldanlage im Einzelfall der Zinsberechnung bei den Wasserbetrieben versteht. **Dr. Hans Willi Weinzen**

Dr. Hans Willi Weinzen, letzte Buchveröffentlichung: Berlin in der Finanzkrise - Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, ISBN 978-3-8305-1445-9

Die Zustimmung zum Börsengang der GSW - eine richtige Entscheidung

Im Mai 2004 wurde die GSW, ehemals Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft, vom Land Berlin für 401 Mio. Euro an die US-amerikanischen Finanzinvestoren Goldman-Sachs-Whitehall und Cerberus verkauft. Der Kaufpreis stellte in der zurückliegenden Wahlperiode einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des Berliner Haushalts dar, zu der solche Vermögensveräußerungen zwingend erforderlich waren. Zum Zeitpunkt des Verkaufs verwaltete die GSW rund 75.000 Wohnungen, davon etwa 53.000 eigene, mit ungefähr 130.000 Mietern. Die Finanzinvestoren übernahmen auch Verbindlichkeiten der GSW von über 1,5 Mrd. Euro, die inzwischen durch Wohnungsverkäufe teilweise abgebaut worden sind.

Im Januar 2010 beantragten die Gesellschafter beim Senat von Berlin die Zustimmung zum vollständigen Börsengang der GSW. Dieser war seit 2008 bereits für 50% der Gesellschaftsanteile möglich und sollte für die restlichen 50% von 2014 auf 2010 vorgezogen werden. Die Gesellschafter erwarteten dem Vernehmen nach vom Verkauf der Hälfte der Gesellschaftsanteile an der Börse zum jetzigen Zeitpunkt eine Einnahme von bis zu 500 Mio. Euro.

Der Senat stimmte dem Börsengang der GSW im März 2010 zu, verlangte aber wegen der grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung auch die rechtlich gar nicht notwendige Zustimmung des Abgeordnetenhauses. In einer Sondersitzung im April 2010 stimmten die Fraktionen von SPD, Linke und FDP der Beschlussvorlage des Senats zu, die Fraktionen von CDU und Grüne lehnten sie ab. Allerdings lehnen CDU und Grüne hinter verschlossenen Türen einen Börsengang der GSW auch nicht grundsätzlich ab.

Mieterrechte bleiben erhalten

Ich halte die Entscheidung von Senat und Koalition, einen Börsengang der GSW zum jetzigen Zeitpunkt zu unterstützen, aus mehreren Gründen für richtig. Die Mieterrechte, die die Mieter vor Eigenbedarfskündigungen und Luxusmodernisierungen schützen, bleiben auch beim vorgezogenen Börsengang - wie bisher - bis 2014 erhalten. Mit mindestens 100 Mio. Euro des Verkaufserlöses wird das Eigenkapital der GSW verstärkt. Die Einnahmen werden auch zur teilweisen Rückzahlung eines Kredits und zur Begleichung von Steuerverbindlichkeiten verwandt. Insgesamt stärken diese Maßnahmen die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens, das seinen Firmensitz in Berlin behalten wird und geben ihm Flexibilität bei der Finanzierung des angestrebten Wachstums. Das liegt sowohl im Interesse der Mieter der GSW als auch im Interesse Berlins. Darüber hinaus erhält das Land Berlin für seine Zustimmung zum Börsengang einen zusätzlichen Kaufpreis von 30 Mio. Euro, der im Wesentlichen zur Haushaltskonsolidierung verwandt werden wird.

Inzwischen wissen wir, dass die Gesellschafter der GSW den Börsengang verschoben haben. Wegen der finanziellen Turbulenzen im Zusammenhang mit der griechischen Schuldenkrise, die nach einer Phase der Erholung von der 2008er Finanzkrise erneut zu deutlichen Verlusten am Aktienmarkt führten, mussten die Gesellschafter der GSW ihre Einnahmeerwartungen derartig nach unten korrigieren, dass der Börsengang für sie derzeit keinen Sinn macht. Das Land Berlin wird dennoch die zugesagten 30 Mio. Euro erhalten, und es bleibt die Hoffnung, dass der Börsengang der GSW nur aufgeschoben ist.

Karlheinz Nolte, MdA ❑

GSW-Debatte

Der Beitrag von Ulrike Sommer und Raed Saleh zum geplanten - wenn auch inzwischen verschobenen - Börsengang der GSW in der BERLINER STIMME vom 30. April hat aus unterschiedlichen Blickwinkeln Widerspruch ausgelöst.

Klare Informationen geben und mit den Mietern das Gespräch suchen

Als Mitglied einer SPD-Abteilung, zu deren Bereich tausende von GSW-Wohnungen gehören, finde ich den Artikel „Keine Spekulation mit Wohnraum" von Ulrike Sommer und Raed Saleh wenig hilfreich. Er mag ja der Selbstbefriedigung der Autoren dienen, bringt uns als Betroffene aber keinen Schritt weiter, außer dass bekannte Positionen heruntergebetet werden.

Die seinerzeit noch landeseigene GSW hat uns Westlern in der Mieterzeitung immer stolz über Sanierungen des Ost-Bestandes informiert, wobei unsere Wohnungen dem Standard der späten 50er/frühen 60er Jahre entsprachen und noch immer entsprechen. Der Heuschreckenverkauf beinhaltete zumindest die Position einer Ombudsstelle, die nach meinen Erfahrungen hilfreich war.

Ein Einzelbörsengang wäre m.E. verheerend für uns Mieter gewesen, wären doch die Gegenparts zahlreich und die Bestandslage unübersichtlich.

Natürlich ist es bedauerlich, dass keine grundsätzlichen Verabredungen, wie transparente Modernisierungen/Instandsetzungen vereinbart wurden, dass unklar bleibt, ob und wie Nichtsozialmieter Zuschüsse beantragen können u.v.m. Hier klare Informationen zu veröffentlichen und mit den Mietern das Gespräch zu suchen, statt über verschüttete Milch zu jammern, brächte die Partei wesentlich weiter.

Heike Liessfeld ❑

GSW-Mitteilung zur Verschiebung des Börsengangs

Berlin, 5. Mai 2010 - Die GSW Immobilien AG („GSW") hat entschieden, ihren geplanten Börsengang zu verschieben.

Nach der Ankündigung der Pläne für den Gang an die Börse haben Volatilität und Unsicherheit an den globalen Aktienmärkten stark zugenommen. Die jüngsten makroökonomischen Entwicklungen haben ohne Bezug zur GSW zu einer signifikanten Verschlechterung des Kapitalmarktumfeldes geführt.

Nach der Bewertung der aktuellen Bedingungen an den Kapitalmärkten haben der Vorstand der GSW und die abgebenden Aktionäre entschieden, den geplanten Börsengang zu verschieben. **PM** ❑

Maifeier:

Mitten im „Roten Wien“

Berliner Sozialdemokraten beim 1. Mai in der österreichischen Hauptstadt

Zum 1. Mai ins „Rote Wien“ war das Motto einer vom SPD-Reiserservice angebotenen Fahrt vom 30. April bis 3. Mai 2010. 160 Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland, aus Hamburg und Hannover, aus Düsseldorf, Dortmund und München, sowie allein 85 aus Berlin, nahmen teil und konnten dabei viele Eindrücke und Erfahrungen sammeln.

Diesen von der SPÖ Wien organisierten Maifeiertag werden die Teilnehmer, die alle einen Platz auf der Ehrentribüne erhielten, so schnell nicht vergessen: Aus allen 23 Wiener Bezirken marschierten nacheinander Demonstrationszüge der SPÖ mit ihren Traditionsfahnen und den Musikkapellen auf den Rathausplatz und - jeweils herzlich willkommen geheißen - an der Tribüne mit Prominenz aus der Partei vorbei. Weit über zwei Stunden dauerte der Aufmarsch, an dem auch Züge vieler Berufsgruppen und deren Organisationen beteiligt waren.

Ein „herzliches Willkommen“ wurde auch den deutschen Genossinnen und Genossen, unter ihnen Walter Momper, zuteil. Ihr Besuch in Wien - wie der kleinerer Delegationen aus Russland, Belgien und Griechenland - „unterstreiche den internationalen Charakter des sozialdemokratischen Kampftages zu dessen 120. Wiederkehr“, wie es hieß.

Starke Wiener SPÖ

Hauptredner vor den mehr als 100.000 Teilnehmern an der friedlichen, aber kämpferischen Kundgebung unter dem Motto „Die Arbeit hoch! 120 Jahre 1. Mai“ waren Wiens SPÖ-Vorsitzender und Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin und Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen Renate Brauner, Bundeskanzler Werner Faymann und der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Erich Foglar.

Eine zentrale Aussage war die Unterstreichung der sozialdemokratischen Werte „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ und dass die SPÖ sich dafür stark machen werde, die Verursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise für deren Folgen zahlen zu lassen und nicht diejenigen, die darunter litten.

Zum Abschluss erklangen, gemeinsam gesungen von vielen anwesenden Chören und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das „Lied der Arbeit“ und alle drei Strophen der „Internationale“. Die Kundgebung war ein eindrucksvolles Zeichen der Stärke der SPÖ Wien. Anschließend ging es

Holger Hübner (2.v.l.) und Walter Momper vor dem Wiener Rathaus.

SPÖ-Maikundgebung: Wiens Bürgermeister Häupl und Bundeskanzler Faymann.

in den Prater, in dem die SPÖ ein großes Maifest organisiert hatte.

10.000 beim Fackelzug der Jungsozialisten

Schon am Vorabend fand der traditionelle Fackelzug der Jungsozialisten statt, an dem rund 10.000 junge Menschen teilnahmen. Sie wandten sich in diesem Jahr gegen den mit rechtsextremistischen Parolen auf Stimmenfang gehenden FPÖ-Vorsitzenden Strache. Solch ein Fackelzug ist auch Ausdruck einer ungebrochenen Tradition in der Geschichte der SPÖ, die uns deutschen Sozialdemokraten durch die anders verlaufene Geschichte unseres Landes fehlt.

Am 2. Mai gab es die Gelegenheit zu einer Stadtrundfahrt durch das „Rote Wien“, beginnend mit einem Besuch in dem 1902 eröffneten „Arbeiterheim Favoriten“, das nach wie vor von der örtlichen SPÖ, aber auch in Teilen von einem Hotelbetrieb genutzt wird. Weiter ging es vorbei an unzähligen Wohnblöcken, die seit der Gründung der Republik von der Stadt errichtet wurden, zum wohl berühmtesten von ihnen, dem „Karl-Marx-Block“. Wir staunten darüber, dass 25 % aller Wohnungen der Stadt Wien gehörten, 25 % Genossenschaftswohnungen und 25 % private Miethäuser seien und 25 % Wohneigentum. Und dass Wien - mit der Ausnahme der Zeit des Faschismus - durchgehend einen sozialdemokratischen Bürgermeister an der Spitze der Stadtregierung hatte.

SPÖ-Maikundgebung in Wien: Tausende nahmen teil. Fotos: Lothar Duclos

Zum Programm gehörten ein Besuch im Wiener Rathaus mit Empfang durch Bürgermeister Michael Häupl sowie eine Führung durch das Parlamentsgebäude mit anschließendem Gespräch in den Räumen der SPÖ-Nationalratsfraktion mit „Klubobmann“ Josef Cap und Altbundeskanzler Franz Vranitzky, unter dessen Regierung Österreich 1995 der EU (damals noch EG) beitrat.

Stärkung der gemeinsamen Ziele und Ideen

Wer wollte, konnte an einem geselligen Abendessen im Traditionslokal „Piaristenkeller“ mit Vizebürgermeister Michael Ludwig teilnehmen oder auch noch einen Tag dranhängen und entweder auf eigene Faust Wien, seine Sehenswürdigkeiten und kulturellen Schätze erkunden oder Fahrten zum Schloss Schönbrunn, ins Burgenland und in die nahegelegene slowakische Hauptstadt Bratislava mitmachen.

Die Fahrt diente nicht zuletzt durch das Kennenlernen und Beisammensein über Organisationsgrenzen hinweg einer Stärkung der gemeinsamen Ideen und Ziele durch den Kontakt zwischen Mitgliedern unserer befreundeten Parteien. Ein besonderer Dank gilt der perfekten Begleitorganisation durch die Wiener SPÖ-Bildung. Nächstes Jahr soll es wieder die Gelegenheit zu einem gemeinsamen Maifest, dem dann 121., in Wien geben: „Freundschaft!“

Holger Hübner ❑

Widerstand:

„Die Opfer sind unter uns“

Rainer Sandvoß erinnert an Willi Klüsener - Stolperstein gestiftet

War es jahrzehntelang in Deutschland nicht so, dass in beiden deutschen Staaten des Widerstandes höchst einseitig gedacht wurde? Ehrte man in der DDR nicht vor allem die KPD als angeblich allein konsequente Vertreterin der Arbeiterbewegung, während in der Bundesrepublik sich das Gedenken (nicht minder selektiv) auf den bürgerlich-militärischen Widerstand und das Wirken von Kirchenvertreter konzentrierte?

Als ich Mitte der 90er Jahre für die Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand den sogenannten roten Berliner Osten - darunter verstand man bis 1933 die beiden linken Arbeiterbezirke Friedrichshain und Lichtenberg - in den Blick nahm, stellte ich zu meiner eigenen Überraschung fest, dass ich auf die große Hochburg der SPD der Weimarer Republik gestoßen war. Nirgendwo sonst fand ich (wie hier) so viel unentdeckten Arbeiterwiderstand und Widerstand aus den Reihen der Sozialdemokratie, die damals vor allem eine Partei der (gewerkschaftlich organisierten) qualifizierten Facharbeiter war. Und gerade diese soziale Schicht hat sich - im Gegensatz zur großen Mehrheit des Bürgertums und Adels sowie im Gegensatz zur ultralinken Generallinie der KPD („Hauptfeind SPD“) - für die Weimarer Republik mit großer Opferkraft eingesetzt.

Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung (1933) verteilten frühere Funktionäre illegal den „Proletarischen Pressedienst“, den „Vorwärts“ (gedruckt in Prag) oder den „Roten Stoßtrupp“ und riefen zum Sturz der Diktatur sowie zum Kampf für die Freiheitsrechte auf. Welche andere Partei kann auf eine solche Tradition blicken? Allein in Lichtenberg - einem Bezirk, der damals vom Boxhagener Viertel bis nach Mahlsdorf (Stadtrandsiedlung) reichte - zählte die SPD vor 1933 rund 7.000 Mitglieder. Und sie war die stärkste kommunalpolitische Kraft. Viele ihrer treuen Anhänger standen in Opposition zum NS-Regime; eine Minderheit wagte sogar den Untergrundkampf, geriet in Haftanstalten und Konzentrationslager.

Von dem führenden Vertretern der Lichtenberger SPD ließen zwei ihr Leben im Widerstand gegen die Diktatur, beide waren Stadträte, nämlich der Kreisvorsitzende Fritz Thurm, der 1937 an den Folgen schwerer Gestapo-Misshandlungen verstarb, und der Bestattungsredner Willi Klüsener, der am Kriegsende im Zuchthaus Hameln ums Leben kam.

Beide erhielten jüngst „Stolpersteine“ vor

Stolperstein-Einweihung: Der Historiker Rainer Sandvoß erinnerte an Willi Klüsener. Foto: GDW

ihren letzten Wohnorten: Fritz Thurm (gesponsert von Marion Goers) in der Kreutzigerstraße 28 und Willi Klüsener (gesponsert von Kathrin Söhnel und Gerry Tannen) in der Grünberger Straße 6 in Friedrichshain.

Willi Klüsener (1880-1945) - 1933 aufgrund der „Säuberungen“ des Öffentlichen Dienstes entlassen - war als Beerdigungsredner schon Mitte der 30er Jahre ins Visier der Gestapospitzel geraten, weil er wiederholt bei Beisetzungen verfolgter Genossen sprach und dadurch politisch verdächtig wurde. Er erhielt schließlich 1943 Redeverbot für das Krematorium Baumschulenweg - jenen Ort, wo 1936 weit über 6.000 Menschen und selbst im dritten Kriegsjahr 1942 noch 1.000 bis 3.000 Menschen bei der Beisetzung verfolgter Genossen zusammenkamen. Aufgeschreckt von dieser Zusammenballung gesinnungstreuer Sozialdemokraten sprach selbst die überraschte Gestapo von einem „stummen Protest“ bzw. einer „stillen Demonstration“.

Auch Klüsener nutzte (wie Franz Künstler) Trauerreden zur versteckten Kritik am Hitler-Regime und am Wahnsinn des Krieges. Doch 1943 wagte er sich offensichtlich zu weit vor, als er gegenüber Sargträgern privatim im Krematorium Wilmersdorf äußerte: „Deutschland müsse den Krieg verlieren und darauf müssen wir hinarbeiten.“

Und er sagte auch, das Unglück Deutschlands begann bereits mit der Verherrlichung der Kriege Friedrichs des Großen. Klüseners o.g. Äußerungen wurden denunziert; es folgte eine Anklage vor dem Berliner Kammergericht und am 30. Oktober 1944 die Verurteilung zu drei Jahren Zuchthaus wegen „Wehrkraftzersetzung“. Der 65-Jährige würde diese Haft nicht überleben.

Es sei zum Schluss noch ein Nachtrag gestattet, der ein bezeichnendes Licht auf Klüseners Charakter wirft: Am 9. September 1998 - wenige Wochen nach Erscheinen des GDW-Schriftenbandes über Friedrichshain/Lichtenberg, in dem eine Zeitzeugin an Klüseners Wirken und seinen Tod erinnert - rief mich, emotional sehr aufgewühlt, eine 83jährige Dame an und berichtet aus eigenem Erleben über eine unvergessene Begegnung mit Klüsener 1943.

Sie saß damals schon mehrere Jahre wegen Widerstandes für die KPD im Zuchthaus, als ihr sozialdemokratischer Vater, der Lichtenberger Gewerkschaftler Arthur Lipke verstarb. Als seine Tochter bekam sie für die Beerdigung wenige Tage „Hafturlaub“. Einen Tag vor der Trauerfeier in Berlin angekommen, rief sie - aufgrund eines Tipps eines alten SPD-Anhängers - Willi Klüsener an und bat ihn darum, am nächsten Tag zu sprechen. Er willigte sofort ein, erbat nur noch ein paar Angaben.

Die o. g. Zeitzeugin Margarete Forszpaniak (1915-2008) erinnert sich 1998 an die Beisetzung in Friedrichsfelde: „Klüsener sprach sehr eindrucksvoll in der Feierhalle, sagte sehr deutliche Worte der Kritik, sprach aber auch verklausuliert, wenn er sagte: 'Die Maurer waren immer vernünftige Kerle und wollten stets das Beste!'

Wegen Klüseners Aussagen bekam ich direkt Angst, falls der Redner beschattet würde. Als alles vorbei war, ging ich zu ihm, um mich zu bedanken und sagte dabei: 'Da ich für den Erhalt des Friedens gekämpft habe, kam ich ins Zuchthaus und erhielt nur für die Beisetzung Hafturlaub!' Daraufhin packte er mich an den Schultern, zitterte und sagte: 'Das kann doch nicht sein!' Aus Sicherheitsgründen gingen wir dann auseinander. Als ich den Friedhof verließ, wartete er draußen, und wir verabredeten uns für den Abend. Er brachte dann ein großes Esspaket (trotz der Lebensmittelnot, R.S.) mit und befragte mich zu meinen Erlebnissen. Als ich dann wieder ins Zuchthaus zurückgekehrt war, war ich ganz aufgewühlt von seiner Rede und Anteilnahme!

Vor 65 Jahren, kurz vor seinem 65. Geburtstag, verstarb dieser Freigeist im Haft-Lazarett des Zuchthauses Hameln, vermutlich völlig entkräftet durch vorausgegangene Zwangsarbeit in einem Lager bei Bergen-Belsen. Kein Foto ist von ihm überliefert, nichts erinnerte im Stadtbild bisher an seinen Weg. Das meine ich mit dem Satz: „Die Opfer sind (unerkannt) unter uns.“

Hier lebte ein mutiger Demokrat und Humanist, der nicht erst 1943/44 in Opposition zur Diktatur stand, sondern vor und nach 1933 für die Menschen- und Freiheitsrechte Aller eintrat.

Hans-Rainer Sandvoß ❑

Ein Meilenstein für die Einheit

Karin Seidel-Kalmutzki erinnert an die Wahlen vom Mai 1990

Karin Seidel-Kalmutzki, Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhaus, hat vor dem Berliner Parlament an die freie Wahl der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 1990 erinnert. Wir dokumentieren Auszüge.

Mit der ersten freien Wahl der Stadtverordnetenversammlung nach dem Ende der SED-Herrschaft legten die Ost-Berlinerinnen und Ost-Berliner am 6. Mai 1990 ein klares Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie ab. Der Termin war zur Erinnerung an die letzte Kommunalwahl in der DDR am 6. Mai 1989 gewählt worden. Bei dieser letzten Einheitslistenwahl hatten mutige Frauen und Männer durch ihre Anwesenheit in den Wahllokalen und durch Zählen der Stimmen nachgewiesen, dass die Wahlen massiv gefälscht worden waren. Das war ein Signal zum Aufbruch in die friedliche Revolution.

Die ersten freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Ostberlin nach dem Ende der SED-Herrschaft waren ein Meilenstein auf dem Weg zur Einheit unserer Stadt. Die Berlinerinnen und Berliner im Ostteil schafften bei dieser Wahl die Voraussetzungen für die Bildung einer Berliner Doppelspitze aus einem demokratisch legitimierten Magistrat und dem Senat, die in die Geschichte der Stadt als der „Magi-Senat“ einging. Am 30. Mai 1990 nahm in Ost-Berlin der von der Stadtverordnetenversammlung demokratisch gewählte Magistrat seine Arbeit auf. In der Folgezeit wurde die Verwaltung in den beiden Stadthälften angeglichen und auch die beiden Parlamente – Abgeordnetenhaus und Stadtverordnetenversammlung – arbeiteten parallel und doch zusammen.

Was die überwiegend neu gewählten Ostberliner Stadtverordneten einzubringen hatten, erfüllte alle mit Selbstbewusstsein und Stolz: die Kraft und die Energie einer erfolgreichen und friedlichen Revolution. Das System der DDR war endgültig zusammengebrochen. Der friedliche Protest hatte die Stasi, die Mauer und die SED besiegt. Überall in der DDR wollten Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr der Diktatur fügen. Sie wollten die Freiheit, die für die westliche Welt ganz selbstverständlich war. Sie wollten eine andere Gesellschaftsordnung.

Die Zusammenarbeit der Abgeordneten im Ostteil und der im Westteil war von Anfang an produktiv. Es war schon bei der Wahl klar, dass die Einheit Deutschlands und Berlins kommen würde. Die beiden Parlamente haben sich, um die schwierige Aufgabe des Zusammenwachsens der beiden Stadthälften besser bewältigen zu können, abgestimmt und gemeinsam gehandelt. Der verstorbene unvergessene Oberbürgermeister in Ost-Berlin, Tino Antoni Schwierzina, und die damalige Präsidentin der Stadtverordnetenversammlung Dr. Christine Bergmann und alle Fraktionen waren sich in dem Ziel einig: Die errungene Freiheit und die Demokratie sollten so schnell wie möglich umgesetzt und die Einheit vorbereitet werden.

Die größte Leistung der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung war eine eigene sehr soziale und liberale Verfassung für Ostberlin. **PM** ❑

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

Termine

■ Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - LV Berlin-Brandenburg e.V. , **Jugendkongress des Bündnis für Demokratie und Toleranz,** bis 23. Mai jeweils von 10-17 Uhr im Berliner Congress Center am Alexanderplatz, Anmeldung: www.jugendkongress-berlin.de

■ Dr. Eva Högl, MdB, **Eröffnung "Anti-Gewalt-Cup" DJK Schwarz Weiss Neukölln**, Samstag, 22. Mai, 13.00 Uhr, Buckower Damm 13, 12349 Berlin-Neukölln

■ Initiative Stolpersteine B96 e.V. und SPD Mariendorf, **„Auf den Spuren von... Friedrich Küter“**, historischer Stadtrundgang, Samstag, 22. Mai, 14.00 Uhr, Treffpunkt: Alt-Mariendorf 53,

■ Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **Werkbetrachtung: Ausdruckssteigerung und Formintensivierung** / Torso eines Gemarterten von Theo Balden, Kunst im Willy-Brandt-Haus: Im Auge des Betrachters, Sonntag, 23. Mai, 13.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin. Bitte anmelden unter: info@vbb-wbh.de. Eintritt nur mit gültigem Lichtbilddokument.

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Energie- und Stadtentwicklungspolitik in Berlin**, mit Klaus Mindrup, Mittwoch, 26. Mai, 20.00 Uhr, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, MdA, **Bolivien am Scheideweg, Paraguay nach einem Jahr Präsidentschaft Fernando Lugo**. 1. Kampf um die Hegemonie in Bolivien: Morales und die Opposition (Ref.: Galo Téllez Rivero, Volkswirt und Projektberater), 2. Bolivien nach der nationalen Parlamentswahl und den Regionalwahlen (Ref.: Juan Luis Neumann, Mitglied des Vorstands des FA I), 3. Paraguay nach einem Jahr Präsidentschaft Fernando Lugo (Ref.: Celina Molina, Doz. für Spanisch und Lateinamerik. Kulturwissenschaften), Mittwoch, 26. Mai, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin

■ AGS Berlin, **Jahreshauptversammlung der AGS Berlin** mit Neuwahlen, Mittwoch, 26. Mai 2010, 19.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ Fachausschuss Stadt des Wissens, AG Schule, und des AfB-Landesvorstandes / Felicitas Tesch, MdA, **bildungspolitische Themen**, Mittwoch, 26. Mai, 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Spandau, **Raed Saleh lädt ein zur Jugendsprechstunde**, Mittwoch, 26. Mai, 19.00 Uhr, Café Charlotte, Charlottenstraße 14A, 13597 Berlin. Bitte anmelden unter: 32 51 33 12

■ Fritz Felgentreu, MdA, **Neuköllner Stadtteiltag mit Fritz Felgentreu**, Donnerstag, 27. Mai 2010, ab 10.00 Uhr, Programm unter: http://www.spdfraktion-berlin.de/berliner-stadtteiltage

■ SPD 60plus, **Landesdelegiertenkonferenz**, Dienstag, 27. Mai, 14.00 bis 18.00 Uhr, Otto-Suhr-Saal, Neues Stadthaus, Parochialstr. 3 Ecke Klosterstraße, 10179 Berlin

■ Schwusos Berlin / Tom Schreiber, MdA, **(offene) Landesvorstandssitzung**, Donnerstag, 27. Mai, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 161, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof Schöneberg, **Beratung über das weitere Vorgehen nach der Übergabe des Diskussionspapieres an den Kreisvorstand**, Donnerstag, 27. Mai, 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin. Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de

■ SPD Spandau und Arbeitskreis Pflege und Gesundheit der SPD Spandau, **Welche Bedeutung hat Sport für die Gesellschaft?** mit Swen Schulz, MdB, Donnerstag, 27. Mai, 19.00 Uhr, SPD-Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin-Spandau

■ SPD Mitte AfB, **Wahlversammlung der AfB Mitte**. Donnerstag, 27. Mai, 19.00 Uhr, Rathaus Tiergarten, Kleiner Ratssaal, Erdgeschoss, Mathilde-Jacob-Patz 1, 10551 Berlin

■ Mechthild Rawert, MdB, **Besuch des „Vereins Berliner Sozialdemokraten“**, gemeinsam mit Dilek Kolat, MdA, Donnerstag, 27. Mai, 19.30 Uhr, Türkische Gemeinde in Deutschland, 3. Stock, Obentrautstr. 72, 10963 Berlin

■ SPD Mitte - AG Migration, **Die Situation der afrikanischen Community in Berlin**, Referenten: Sven Mekarides – Vorsitzender AK Afrika SPD Berlin NordOst, Assibi Wartenberg – Deutsch Togoischer Freundeskreis e.V., Oumar Diallo – Leitung Afrika Haus Berlin, Montag, 31. Mai, 19.00 Uhr, Vereinslokal der Erenler – Die Weisen e.V., Amsterdamer Straße 8, 13347 Berlin

■ BERLINER MITTE, **Im Gespräch: Evangelische Kirche und SPD**, mit dem Bischof der Evangelischen Kirche Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz, Dr. Markus Dröge, die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Karin Seidel-Kalmutzki und dem Abgeordneten Torsten Hilse, Montag, 31. Mai, 19 Uhr, Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Treptow-Köpenik, **Wegen Umbau geöffnet: die SPD 2010**, mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Dienstag, 1. Juni, 19.00 bis 21.00 Uhr, Rathaus Treptow, Ratssaal (2.OG), Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem. **Der stille Staatsstreich,** Diskussion mit Harald Schumann vom Tagesspiegel, Mittwoch, 2. Juni, 20.00 Uhr, Herrenhaus Domäne Dahlem, Königin-Luise-Straße 49, 14195 Berlin

■ SPD Berlin, **Berliner Ideenkonferenz: Neue Industrialisierung - Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften**, Samstag, 5. Juni, ab 10.00 Uhr, Ludwig-Erhard-Haus, Kant-Atrium, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Auf den Spuren der Juden in Steglitz-Mitte,** historischer Stadtrundgang mit Dieter Fitterling, Sonntag, 6. Juni, um 11.00 Uhr, Treffpunkt: Spiegelwand Hermann-Ehlers-Platz, 12165 Berlin

■ Fachausschuss Wirtschaft, Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. und Frank Jahnke, MdA Deutschlandplan für Berlin, Vortrag: **Der Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier.** Seine Methodik, seine Inhalte und seine Defizite - von Markus Klimmer. Diskussion mit Michael Müller, Barbara Loth, Rudolf Steinke, Dienstag, 8. Juni, 19.00 Uhr, Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 320, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ SPD Bundestagsfraktion, Fraktion vor Ort: **Bürgerversicherung versus Kopfpauschale,** mit Karl Lauterbach, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Martin Matz, Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales in Spandau. Mittwoch, 9. Juni, 19.00 Uhr, Centrovital, Neuendorfer Str. 25/ Brauereihof 6, 13585 Berlin. Anmeldungen unter Tel.-Nr.: 227 70 185

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Dieter Glietsch, Polizeipräsident in Berlin**, Mittwoch, 9. Juni, 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg. Der Eintritt ist frei!

Sprechstunden

■ **Dr. Eva Högl,** Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächste Termine: Dienstag, 1. Juni, 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr, Mittwoch, 23. Juni, 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

■ **Petra Merkel,** Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **Mechthild Rawert,** Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884. Nächster Termin: Freitag, 11.Juni 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr. - Betreuungswahlkreis Reinickendorf, SPD-Kreisbüro Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung: siehe oben

■ **Dagmar Roth-Behrendt,** MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **Swen Schulz,** Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 27. Mai 2010 von 15.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag, 3. Juni 2010 von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **Wolfgang Thierse**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Unter dem Titel „Die Dinge um uns - Wilhelm Wagenfeld" vermittelten Anne Konstanze Lahr und Wilm Heinrich aus Dresden das Leben und Schaffen des großen Designers in einer spannenden Lesung in der Galerie im KSH. Fotos: Horb

Ausstellungseröffnung in der Galerie im KSH: Staatssekretärin Claudia Zinke würdigte die Arbeit der Schüler der Wilmersdorfer Rudolf-Diesel-Oberschule, die sich mit Flucht und Asyl auseinandersetzt. Zu sehen bis 10. Juni, Mo-Fr 14 - 18 Uhr.

Theaterbesuch:

Die Krise auf der Bühne

Potsdamer Hans-Otto-Theater mit Jelinek-Aufführung

Die Berliner Stimme, der vorwärts Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie laden ein am Sonnabend, d, 19. Juni zum Besuch der Aufführung „Die Kontrakte des Kaufmanns" von Elfriede Jelinek im Hans-Otto-Theater (Reithalle) in Potsdam. Das Stück der österreichischen Literaturnobelpreisträgerin, das am tag zuvor in Potsdam Premiere hat, könnte aktueller nicht sein: Es thematisiert Finanztransaktionen und -krise.

Verbindliche Reservierungen nehmen wir bis zum 10. Juni entgegen. Die Karten können bei uns zum Gruppenpreis von 18 Euro vorbestellt werden. Die Bezahlung erfolgt am Theaterabend an der Kasse. Die Aufführung in der Reithalle (nahe dem Hans-Otto-Theater) beginnt um 19.30 Uhr.

Um 18.45 Uhr findet eine Einführung in die Inszenierung durch den Dramaturgen Helge Hübner statt. Zusätzlich können wir Interessenten bereits um 17 Uhr eine Führung durch das Hans-Otto-Theater durch Hans-Dieter Heuer, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Theaters, anbieten. **BS** ❑

➠ Anmeldungen und mehr Informationen: www.spd-berlin.de/jelinek

30 Jahre „Linke Geschichte"

30 Jahre dauert die Erfolgsgeschichte des 68er GRIPS-Kultstücks „Eine linke Geschichte" inzwischen. Und selbst 30 Jahre später zündet noch immer die Geschichte dreier Studenten, die sich 1966 in West-Berlin kennen lernten und loszogen, die Welt zu verändern.

Karin, Lutz und Johannes lieben, politisieren und radikalisieren sich, praktizieren die freien Liebe, gründen eine WG, üben den Widerstand und treten den Marsch an durch die Institutionen. „Eine linke Geschichte" spiegelt unter anderem auch das Verhältnis der Linken zur RAF und zu den Ereignissen im Deutschen Herbst, und erzählt von den politischen Bewegungen, die aus der APO-Zeit sich entwickelten.

➠ EINE LINKE GESCHICHTE am 28. Mai (Jubiläumsvorstellung) oder 29. Mai 2010, 19.30 Uhr. Grips-Theater, Hansaplatz.

Service:

Gute Adressen in Berlin & Brandenburg

Es ist erstaunlich, aber letztlich passen die insgesamt 29.479 Quadratkilometer Brandenburg doch wieder auf knapp 200 Seiten. Diesen Umfang hat jedenfalls das Sonderheft Brandenburg des Berliner Stadtmagazins „Zitty", Ausgabe 2010/2011.

In bewährter Weise bietet das Heft rund 700 Adressen, von Ausstellungen, Musik, Theater über Wellness, Wandern bis hin zum Essen und Trinken. Regional sortiert lassen sich Übernachtungsmöglichkeiten und Sehenswürdigkeiten entdecken, Ausflüge und Fahrradtouren planen. Für letztere eignet sich besonders der herausnehmbare handliche Atlas mit dem notwendigen Kartenmaterial, Streckenplänen und einer Hitliste der Restaurants. Neben dem umfangreichen Adressteil mit Kurzbeschreibungen hat die Zitty-Redaktion einen Kulturkalender zusammengestellt und berichtet in kurzen Reportagen von der Vielseitigkeit des Nachbar-Bundeslandes mit seiner Gartenkunst und der Industriekultur, schönen Wasserwegen, an denen Angler das „Glück der Ereignislosigkeit" erleben, und spannenden Brandenburger Persönlichkeiten.

Wer lieber auf den „Geschmack der Stadt" kommen möchte, findet im neuen Zitty-Sonderheft „Essen + Trinken" über 1000 Empfehlungen für Berliner Restaurants, Bars, Cafés und Kneipen, ordentlich sortiert nach Bezirken und Geschmacksrichtungen. **U.H.** ❑

➠ Zitty Sonderhefte 2010/2011, 8.50 bzw. 8,90 Euro, erhältlich im Zeitschriftenhandel.